



**Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
am 19.03.2026, 17:00 Uhr**

Sitzungsort: Familiengarten Eberswalde, Stadthalle „Hufeisenfabrik“,
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde
Art der Sitzung: Hybridsitzung

TAGESORDNUNG

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 14. Sitzung vom 12.02.2026	
4	Feststellung der Tagesordnung	
5	Informationen des Vorsitzenden	
6	Einwohnerfragestunde	
7	Tätigkeitsbericht des Kulturbeirates der Stadt Eberswalde	
8	Informationen aus der Stadtverwaltung	
9	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	
9.1	Fraktion Alternative für Deutschland: Ärztesituation in Eberswalde - Versorgungsstand	AF/0064/2026
9.2	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Anfrage zu Spielhallen und Spielautomaten	AF/0065/2026
9.3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hitzeaktionsplan der Stadt Eberswalde	AF/0066/2026
10	Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen	
11	Genehmigung von Eilentscheidungen	
12	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	
12.1	Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr Eberswalde (Feuerwehrgeldsatzung)	BV/0320/2026
12.2	Benennung einer Straße im Stadtteil Westend (auf der ehemaligen Industriefläche der Hufnagelfabrik) – Hufnagelquartier	BV/0327/2026
12.3	Benennung eines Weges im Ortsteil Finow (am neuen Schulcampus) – Madame-Ebart-Weg	BV/0328/2026

12.4	Benennung eines Festplatzes im Ortsteil Finow (auf der ehemaligen Industriefläche des „VEB Chemische Fabrik Finowtal“) – Festplatz Finowtal	BV/0329/2026
12.5	Entwurfsplanung Südroute im Abschnitt von der Schönholzer Straße bis zur Zoostraße in 16227 Eberswalde	BV/0319/2026
12.6	Festlegung des Gebietes der Städtebauförderung für die Gesamtmaßnahme "Zukunftsquartier Bahnhofsumfeld Eberswalde"	BV/0332/2026
12.7	Planungs- und Baubeschluss inklusive öffentliches Ausschreibungsverfahren für den Neubau einer Sedimentationsanlage und eines Verdunstungs-/Versickerungsbeckens im Leibnizviertel in 16225 Eberswalde	BV/0333/2026
12.8	Fraktion Alternative für Deutschland: Jetzt Handlungsoptionen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Bereich Hausärzte in Eberswalde schaffen – Prüfauftrag für ein kommunales MVZ	BV/0326/2026
12.9	Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim: Sicherung und strategische Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung in Eberswalde durch Einbindung der Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG)	BV/0331/2026
13	Informationsvorlagen	
13.1	Vergabebericht im Vergabejahr 2025 - Teil 2 von 2	I/0012/2026

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	

Herr Hoeck, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung (StVV), eröffnet die öffentliche Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden zur Hybridsitzung der StVV der Stadt Eberswalde, an der nachstehende Stadtverordnete mit begründeten und vom Vorsitzenden der StVV genehmigten Anträgen gemäß § 34 Abs. 2 BbgKVerf per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

Name	gemäß begründetem Antrag vom	und Genehmigung vom
Herr Dietterle	28.02.2026	01.03.2026
Herr Fischer	16.03.2026	16.03.2026
Frau Schmitz-Seifert	19.03.2026	19.03.2026
Herr Zinn	24.02.2026	24.02.2026

Die per Video zugeschalteten Stadtverordneten Herr Dietterle, Frau Schmitz-Seifert und Herr Zinn teilen auf Nachfrage jeweils mit, dass die Video- und Audioübertragung funktioniert.

Herr Fischer ist zu Beginn der Sitzung noch nicht per Videozuschaltung anwesend.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Einwendungen werden hiergegen nicht vorgetragen.

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung sind 26 Stadtverordnete (davon 23 in Präsenz und 3 per Videozuschaltung) anwesend bzw. zugeschaltet, mithin **26 Stimmberechtigte (Anlage 1)**.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 14. Sitzung vom 12.02.2026	

Es liegen keine Einwendungen vor.

Herr Rennert nimmt ab 17:05 Uhr an der Sitzung teil, **27 Stimmberechtigte**.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
4	Feststellung der Tagesordnung	

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Herr Jur nimmt ab 17:06 Uhr an der Sitzung teil, **28 Stimmberechtigte**.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
5	Informationen des Vorsitzenden	

5.1 Herr Hoeck teilt mit, dass die Beschlusskontrolle der laufenden Wahlperiode 2024 bis 2029 vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde.

5.2 Herr Hoeck informiert, dass Herr Jens Starigk, Leiter der Polizeiinspektion Barnim, mit E-Mail vom 12.03.2026 auszugsweise Folgendes mitgeteilt habe:

[...] Hinsichtlich Ihrer Bitte teile ich Ihnen mit, dass ich mich bewusst dazu entschieden habe nicht zusätzliche Formate zur Verkündung der Sicherheitslage zu bedienen. Wir haben uns seinerzeit dazu entschieden durch eine zentrale Veranstaltung (Sicherkonferenz des Landkreises) allen Bedarfsträgern gleichermaßen zu entsprechen. Die wurde immer sehr gut angenommen. Bei einer geforderten Gleichbehandlung wäre ich verpflichtet allen Kommunen und Ämter nachzukommen und dies sprengt den Rahmen. [...]

Herr Hoeck resümiert, dass demzufolge künftig in der Stadtverordnetenversammlung keine Berichterstattung der Polizeiinspektion Barnim zu erwarten sei. Er habe Herrn Starigk gebeten, im Zuge der Sicherheitskonferenz des Landkreises das Eberswalde betreffende Material der StVV im Anschluss zur Verfügung zu stellen.

Herr Zinn teilt mit, dass er die Entscheidung des Leiters der Polizeiinspektion Barnim nicht gutheißen könne. Er sagt, dass es in anderen Kommunen üblich sei, über Kriminalität zu berichten, wie z. B. in der Stadt Bernau bei Berlin. Herr Zinn meint, dass seinerzeit ein Vertreter der Polizei in Einwohnerversammlungen mit den Ortsvorstehern und Ortsteilen präsent gewesen sei und über die Kriminalität berichtet hätte. Er merkt an, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein Informationsrecht zur Kriminalität in der Stadt Eberswalde von Seiten der Polizeiinspektion Barnim oder vom Polizeirevier Eberswalde hätten.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
6	Einwohnerfragestunde	

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7	Tätigkeitsbericht des Kulturbeirates der Stadt Eberswalde	

Herr Milbradt, Vorsitzender des Kulturbeirates, berichtet über die Tätigkeit des Kulturbeirates (**Anlage 2**).

Herr Zinn regt an, die Sitzungen des Kulturbeirates auch an anderen Orten bzw. in anderen Ortsteilen abzuhalten.

Herr Milbradt teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Kulturbeirates das Thema angestoßen worden sei, andere Orte und Sitzungsräume zu nutzen und wie dies sich z. B. bei Kulturakteuren gestalten könnte. Unabhängig davon sei das BBZ von der Lage und Anbindung her jedoch als Sitzungsort optimal und zugleich ein für den Kulturbeirat kostenfreies Angebot. Ziel sei es, noch mehr Bürgerinnen und Bürger kulturell zu erreichen.

Herr Zinn fragt, ob die Mitglieder des Kulturbeirates die Sitzungen digital verfolgen könnten, insbesondere auch für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger.

Herr Milbradt nimmt diesen Hinweis mit.

Herr Zinn regt an, dass aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ (vgl. öffentliche Niederschrift der StVV vom 11.12.2025, Seite 28, TOP 12.8, Beschlussvorlage BV/0268/2025 der Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim „Vorbereitung zur Nutzung des Bundes-Sondervermögens „Infrastruktur und Klimaneutralität“) den Kulturbahnhof bzw. das Haus „Schwär-

zetal“ zu sanieren. Er würde es begrüßen, wenn Herr Berendt zu Vorschlägen aufrufen würde, wie das Sondervermögen für beide Kultureinrichtungen umgesetzt werden könne.

Herr Milbradt sagt, dass es vom Sondervermögen abhängt; der Kulturbeirat würde seine Meinung dazu sagen. Er hatte bereits bei Frau Blum vom Waggon-Komödianten e.V. in der Bahnhofstraße 32 in 16227 Eberswalde angefragt, ob eine anderweitige Nutzung des Kulturbahnhofs möglich wäre. Frau Blum hätte gesagt, dass es schwierig sei, da die gesamten Requisiten dort untergebracht seien und die Räume durch den Verein genutzt werden. Ferner hätte sie keinen Überblick, ob die Nutzung der Räume auch anderweitig möglich sei.

Herr Zinn meint, dass der Kulturbahnhof auch anderen Kulturschaffenden zur Verfügung stehe. Durch den ehemaligen Amtsleiter des Kulturamtes gab es in der Vergangenheit bereits einige Versuche, wie sich die Stadt einen Gesamtüberblick darüber verschaffen könne, was zur Sanierung gebraucht und finanziell ausgegeben werden müsse.

Herr Weingardt nimmt ab 17:20 Uhr an der Sitzung teil, **29 Stimmberechtigte**.

Frau Walter nimmt ab 17:22 Uhr an der Sitzung teil, **30 Stimmberechtigte**.

Herr Fischer nimmt ab 17:23 Uhr per Videozuschaltung an der Sitzung teil, **31 Stimmberechtigte**.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
8	Informationen aus der Stadtverwaltung	

8.1 Herr Berendt informiert über Folgendes:

- Ölsperre auf dem Finowkanal (nach Einleitung von unbekannter Flüssigkeit); Auslösung Alarmierung und maßgebliche Behörden hinzugezogen; ein Ergebnis zur Ursache liegt noch nicht vor
- Treffen mit den Ortsvorstehern und Vertretern aus den Ortsbeiträgen; Austausch zu aktuellen Themen und Abstimmung zur Veranstaltungsplanung
- Jahreshauptversammlung der Feuerwehr in der Stadthalle am 13.03.2026
- Azubi-Austausch mit der Städtepartnerschaft Delmenhorst ab 23.03.2026
- Öffnungszeiten des Briefwahllokals (im Internet publiziert)
- Wahlbenachrichtigungskarten werden demnächst versendet (der Landkreis Barnim sei zuständig); Zustellung müsse bis 19.03.2026 erfolgt sein
- Wahlhelfende sind noch gesucht (Wahlvorsteher und stellvertretende Wahlvorsteher), bitte bei wahlbehoerde@eberswalde.de melden
- geplante Einwohnerversammlungen:

WT	Datum	Uhrzeit	Ort
MO	04.05.2026	17:00 Uhr	Einwohnerversammlung im Ortsteil Spechthausen
MO	18.05.2026	17:00 Uhr	Einwohnerversammlung im Ortsteil Sommerfelde
MO	15.06.2026	17:00 Uhr	Einwohnerversammlung im Ortsteil Tornow
MO	22.06.2026	17:00 Uhr	Einwohnerversammlung im Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung

- lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:

WT	Datum	Uhrzeit	Ort
FR	21.03.2026	ab 10:00 Uhr	Sauberswalde, an 7 Standorten im Eberswalder Stadtgebiet
SA	28.03.2026		Saisoneröffnung Familiengarten
SA-SO	04.04.2026-05.04.2026		Ostern im Familiengarten
SO-MO	05.04.2026-06.04.2026		Ostern im Zoo
SA	18.04.2026	ab 15:00 Uhr	Bürgerempfang auf dem Gelände der Ardelt Kranbau GmbH
DO	21.05.2026	17:30 Uhr - 19:30 Uhr	Unternehmerforum Vergabe im Bürgerbildungszentrum

8.2 Herr Schlüter informiert über Folgendes:

- lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:

WT	Datum	Uhrzeit	Ort
DI	24.03.2026	17:00 Uhr	Ausstellungseröffnung Tuchener Kartenwerke im Museum Eberswalde
FR	27.03.2026	18:00 Uhr	Vernissage „Momente der Stille und Kraft“ Kleine Galerie

8.3 Herr Haub informiert über Folgendes:

- Ausschreibung Verkaufsangebote für den Verkauf von Grundstücken des Christel-Brauns-Weg Anfang April 2026
- Straßenschäden und deren Reparatur; Hinweise können über das Tiefbauamt und über die Plattform „Maerker“ abgegeben werden
- Installation von 16 neuen Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Eberswalde; an den Tarifen und Gebühren ändere sich nichts

Herr Zinn bedankt sich bei der Verwaltung, dass die Stadtpolitik an der diesjährigen Jahreshauptversammlung teilnehmen dürfen. Er habe seit 2012 darum gekämpft, dass die Stadtpolitik mit einbezogen werde. Er regt an, dass das Einladungsschreiben zukünftig nicht nur vom Amtsleiter des Amtes für Brandschutz, sondern auch vom Bürgermeister und vom Sprecher der Freiwilligen Feuerwehr unterschrieben werden könnte.

Ferner bedankt sich Herr Zinn beim Leiter des Wahlbüros bei der Unterstützung der digitalen Wahlbriefunterlagen, die nun barrierefrei seien.

Herr Zinn bedankt sich bei Herrn Haub, dass dieser heute das Thema Straßenschäden reflektiert hätte. Er regt an, dass zur Beseitigung der Straßenschäden eine Pressemitteilung herausgegeben werde.

Herr Haub weist darauf hin, dass über die Thematik bereits im aktuellen Amtsblatt informiert worden sei (vgl. Amtsblatt für die Stadt Eberswalde, Ausgabe 02/2026 vom 06.03.2026, Seite 14).

Die Informationen aus der Stadtverwaltung enden um 17:40 Uhr.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	
TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.1	Fraktion Alternative für Deutschland: Ärztesituation in Eberswalde - Versorgungsstand	AF/0064/2026

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt (**Anlage 3**).

Herr Mikolaszek bedankt sich für die detaillierte Antwort. Bezüglich Frage 1 weist Herr Mikolaszek darauf hin, dass explizit nach dem Planungsbereich Eberswalde gefragt worden sei.

Herr Berendt verweist diesbezüglich auf die in Spalte 6 für den Mittelbereich Eberswalde ausgewiesenen Zahlen, die in der Antwort farbig hervorgehoben seien.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.2	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Anfrage zu Spielhallen und Spielautomaten	AF/0065/2026

Die Anfrage sowie die Beantwortung der Anfrage wurden vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt (**Anlage 4 und Anlage 5**).

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hitzeaktionsplan der Stadt Eberswalde	AF/0066/2026

Die Anfrage wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt (**Anlage 6**).

Die Verwaltung teilte im Vorfeld der Sitzung mit, dass die Anfrage im Nachgang der Sitzung schriftlich beantwortet werde.

Herr Ortel nimmt ab 17:44 Uhr an der Sitzung teil, **32 Stimmberechtigte**.

Frau Oehler bittet, bevorzugt auch Standorte wie Spielplätze zu berücksichtigen, weil sich dort an heißen Tagen Kinder und auch Erwachsene aufhalten werden und Verschattungen von Bäumen oder Sonnensegeln erforderlich seien.

Herr Hoeck sagt, dass das Anliegen durch die Verwaltung mitgenommen werde.

Nachrichtliche Anmerkung:

Das Antwortschreiben vom 01.04.2026 ist als **Anlage 7** beigefügt.

9.4 Herr Stegemann:

- teilt ergänzend zur Anfrage AF/0064/2026 der Fraktion Alternative für Deutschland „Ärztelituation in Eberswalde - Versorgungsstand“ mit, dass ab Mai 2026 eine Allgemeinarztpraxis eröffnet werde und eine weitere Allgemeinärztin dort mit praktizieren werde, die noch ihren Abschluss mache; es könnten daher künftig deutlich mehr Patienten versorgt werden

9.5 Herr Seifert:

- teilt mit, dass er von einer Familie der Clara-Zetkin-Siedlung um Unterstützung hinsichtlich einer Parzelle in einer Kleingartenanlage gebeten worden sei; es handelt sich um eine Parzelle (die entsprechenden Unterlagen würden vorliegen), die instandgehalten und auch saniert worden sei; die Familie sei 2019 aufgefordert worden, bauliche Anlagen abzureißen mit der Begründung, dass der Bestandschutz durch die baulichen Veränderungen erloschen sei, obwohl die Größe der überdachten Fläche nicht verändert worden sei; es sei festgestellt worden, dass bei Funktionen des Verbandes der Kleingartenanlage vorgenommene bauliche Veränderungen, die nachweislich erst nach der Wende und gegen die strengen Auflagen des Bundeskleingartengesetzes errichtet worden seien, völlig unangetastet bleiben würden; ein Begehungsprotokoll, das durch den Bezirksverband und den Vorstand der Kleingartenanlage am 28.02.2026 erstellt und vom Bezirksverband übersandt worden sei, liege vor; er sagt, dass es nicht hinnehmbar sei, dass mit zweierlei Maß entschieden werde; zwar hätte die Stadt den Bezirksverband vage aufgefordert, für Ruhe zu sorgen, doch während der Verband weiterklage und somit hohe Kosten entstehen würden, ziehe sich die Stadt zurück; er sagt, dass aktuell immer mehr Kleingartenvereine aus dem Bezirksverband austreten wollen würden und Demonstrationen organisiert würden, um auf die Probleme aufmerksam zu machen; er meint, dass die Stadt Eberswalde – als Verpächterin vieler Flächen – moralische und politische Mitverantwortung trage und vor allem auch Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt hätte, insbesondere dem Kleingartenwesen gegenüber, da dies ein hohes Gut sei und erhalten werden sollte; er ist der Ansicht, die Stadt müsse mit dem Bezirksverband sprechen, um laufende Klageverfahren auszusetzen, bis eine faire einheitliche Regelung für alle gefunden worden sei; er meint, dass Gerechtigkeit in Eberswalde nicht davon abhängen sollte, welches Amt jemand im Verein bekleide; es werde vom Bürgermeister ein klares Signal erwartet, dass diesen offenkundlich willkürlichen Handlungen Einhalt geboten werde; einem Presseartikel der MOZ habe Herr Seifert zudem entnommen, dass eine Familie aus Königs Wusterhausen einen Garten mit der inzwischen verstorbenen Mutter betrieben habe, dann alleine bewirtschaftet hätte und nun rausgeklagt werden solle mit der Begründung, dass sie so weit weg wohne; der Vorsitzende des Bezirksverbandes habe mitgeteilt, dass derzeit 12 Fälle vor Gericht seien

Herr Berendt teilt mit, dass die aktuelle Thematik betroffen mache, weil die Stadt den Anspruch habe, miteinander friedlich umzugehen und die Stadt gemeinschaftlich entwickelt werden soll. Es müsse zur Kenntnis genommen werden, dass ganz unterschiedliche Akteure von den Dingen,

die aktuell in den Kleingärten passieren, zutiefst bewegt seien. Die Sachen werden sehr ernst genommen, jedoch müsse nach einem möglichen Handlungsrahmen geschaut werden, um ordnungsgemäß mit der Gesamtsituation umgehen zu können. Auf den ersten Blick könne festgehalten werden, dass die Aufgaben, die mit der Bewirtschaftung der Kleingartenanlagen im Zusammenhang stehen, über Zwischenpachtverträge zwischen der Stadt und dem Bezirksverband geregelt seien. Die Übertragung dieser Aufgaben sei ein etabliertes Verfahren, die teilweise noch aus Zeiten vor der Wende herrühre – es gebe demnach komplexe rechtliche Gemengelagen zu Fragen des Bestandsschutzes. Es müsse genau geschaut und auch im Einzelfall geprüft werden, wie vorgegangen werden könne. In der bestehenden Systematik, die sehr etabliert sei, gebe es eine klare Gliederung innerhalb des Bezirksverbandes, wie eine Mitgliederversammlung, aus deren Mitte heraus Vertreter und Vorstand gewählt werden – damit hätte der Vorstand die ihm übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. Die Stadt habe sich im Vorfeld einen Überblick verschafft, um wie viele Kleingartenanlagen es sich handele. Es seien über 50 Anlagen im Stadtgebiet Eberswalde, wo ganz verschiedene vertragliche Konstellationen zu verschiedenen Zeitpunkten mit dem Bezirksverband getroffen worden seien. Die Stadt sei aktuell dabei, diese Vereinbarungen zu prüfen – es werde einige Zeit in Anspruch nehmen, um den rechtlichen und organisatorischen Handlungsrahmen zu klären und auszuloten, an welcher Stelle sich die Stadt maßgeblich einbringen könne. Die Stadtverwaltung sei an einer rechtssicheren und zugleich auch konfliktarmen Bewirtschaftung der Kleingartenanlagen interessiert; klares Ziel sei, dass die etablierte Kleingartenkultur weiterhin bewahrt werde. Bei allen Streitigkeiten, die im Einzelfall da seien, gelte es, das allgemeine Interesse im Blick zu haben. Es sei bei all den Bestrebungen der Kleingartenanlagen festzuhalten, dass nach gemeinsamen Lösungen, die gemeinschaftlich getragen werden, gesucht werde – auf der Basis dessen, was rechtlich machbar und möglich sei. Die Stadt werde über den aktuellen Stand regelmäßig informieren, wo Handlungsspielräume der Stadt liegen und wo sie auch nicht liegen würden.

9.6 Herr Zinn:

- regt in Reflexion der stattgefundenen Demonstration zur Kleingartenthematik an, den Vorsitzenden des Bezirksverbandes zur StVV oder ggf. zum HA einzuladen, damit über die Konfliktlagen gesprochen werden könne; der Fall sei seit vielen Jahren bekannt; er würde sich wünschen, dass das Landgericht endlich eine Entscheidung treffe; er meint, es gebe seit 2019 eine Entwicklung in diesem Bezirksverband, die der Stadt Eberswalde nicht gut zu Gesicht stehe; er bittet, dass die Stadt mit dem Bezirksverband sprechen solle, wie es sich künftig gestalten könne und wie die Einzelfälle zu behandeln seien; in diesem Zusammenhang bezieht sich Herr Zinn auf ein Schreiben des Bürgermeisters von 2023, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit Problemen an die Stadt wenden könnten, jedoch nicht an den Bürgermeister, sondern direkt an das Liegenschaftsamt; Herr Zinn sagt, dass er der Presse entnommen hätte, dass am Sonntag, dem 26.04.2026 eine Demonstration auf dem Marktplatz von Eberswalde geplant sei

Herr Berendt sagt, dass sich die Stadt Eberswalde nicht in laufende Rechtsstreitigkeiten einmischen werde. Ihm seien die 12 angesprochenen Gerichtsfälle nicht bekannt, aber um das Volumen einzuordnen, weist Herr Berendt darauf hin, dass es sich insgesamt um 3.600 Parzellen

handele, was eben im Zweifel 3.600 einzelne Verträge seien. Bei den streitigen Fällen sei natürlich eine hohe individuelle Betroffenheit gegeben, in der Gesamtschau liege es jedoch im Verantwortungsbereich des Bezirksverbandes, dies zu klären. Er habe in seinen bisherigen Ausführungen sehr deutlich gemacht, dass sich die Verwaltung mit dem Thema beschäftige, beleuchten und auch prüfen werde, was die Handlungsoptionen der Stadt seien. Er werde zu gegebener Zeit informieren.

- regt an, dass der zum Ende des Jahres 2025 bereits von Herrn Berendt (vgl. öffentliche Niederschrift des F1 vom 25.11.2025, Seite 3, TOP 4, erster Absatz) angekündigte Prüfauftrag zum Mietspiegel (vgl. Beschlussvorlage BV/0195/2025 der Fraktion Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/FPD/Bürgerfraktion Barnim und SPD|BfE: „Bezahlbares Wohnen sicherstellen - Prüfauftrag für einen Mietspiegel in Eberswalde“, beschlossen in der StVV am 10.07.2025), rechtzeitig auf die Tagesordnung, u.a. auch in den F2 und F3, genommen werde; er meint, dass die Verwaltung kein Interesse an einem neuen Mietspiegel habe, der 2016 letztmalig novelliert worden sei; Herr Zinn bittet die Verwaltung und die Vorsitzenden der Fachausschüsse, das Thema Prüfauftrag Mietspiegel ernst zu nehmen

Herr Berendt sagt, dass der Prüfauftrag zum Mietspiegel im zuständigen F1 am 03.03.2026 (vgl. öffentliche Niederschrift des F1 vom 03.03.2026, TOP 7.1, Seiten 4 bis 5) anhand einer Präsentation (vgl. öffentliche Niederschrift des F1 vom 03.03.2026, Anlage 2 und 3) vorgestellt worden sei, die auch im Bürgerinformationssystem abrufbar sei; gemäß Beschluss „Prüfauftrag zum Mietspiegel“ sei eine gesonderte Beratung nicht angezeigt, da der aktuelle Informationsstand vorliege

9.7 Herr Banaskiewicz:

- trägt bezugnehmend auf die Kleingartenthematik vor, dass es seit langer Zeit bereits viele Einzelfälle und in vielen Gartenvereinen die Überlegung gebe, den Bezirksverband zu verlassen und einen eigenen Verband zu gründen; er fragt, ob die Verwaltung sagen könne, wie viele Fälle es seien; er meint, dass einige Gartengrundstücke ggf. einen Bestandsschutz und auch einen Nachweis über eine Baugenehmigung haben könnten; er regt an, dass die Verwaltung das Gespräch zum Vorsitzenden suchen sollte

9.8 Herr Dietterle:

- meint, dass nicht nur die Kleingartenbesitzer, sondern auch die Stadt betroffen sei, weil die Stadt Verpächter der Flächen sei; die Stadt trage Verantwortung dafür, dass ordnungsgemäß gearbeitet werde und die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit erhalten bleibe; er ist der Ansicht, dass, wenn die Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt nicht mehr anerkannt werde, dies dazu führen könnte, dass die Stadt in Haftung genommen werde und zahlen müsse für entsprechende Summen, die auf die Stadt zukommen könnten; er bittet die Stadt, sich intensiver mit der Kleingartenproblematik zu befassen
- fragt, ob es prinzipiell möglich sei, innerhalb einer Kleingartenanlage Erholungsgrundstücke zu haben

Herr Berendt sagt, dass es eine klare Definition für einen Dauerkleingarten gebe, der dann dem Bundeskleingartengesetz unterliege. Es handele sich dabei nicht um eine einzelne Parzelle oder einzelnen Garten, sondern um die gesamte Anlage, also die gesamte Summe aller Parzellen. Bezogen auf die Frage wäre dies eine Änderung der Form der Bewirtschaftung. Herr Berendt teilt mit, dass Ziel der Stadtverwaltung sei, die Kleingartenkultur in der bestehenden Form fortzuführen.

- informiert, dass die Clara-Zetkin-Siedlung am 18.04.2026 ein Subbotnik durchführen werde
- bedankt sich beim Bauhof für das Sonnensegel, welches nun angebracht werden könne, sofern die Stützen aufgestellt seien

9.9 Herr Walter:

- warnt die Verwaltung davor, einzelnen Betroffenen der Kleingartenthematik in der StVV oder einem Ausschuss das Wort zu erteilen und sich in kleingartenrechtliche Dinge einzumischen
- fragt nach dem aktuellen Stand der Ermächtigungsübertragungen, welche Anträge vorgelegen haben bzw. vorliegen und genehmigt worden seien und bittet auch zu den Investitionen zu informieren

Herr Berendt teilt mit, dass der interne Prozess der Prüfung der vorliegenden Ermächtigungsübertragung bis Ende März 2026 verwaltungsintern abgeschlossen sein könnte. Nach dem 25.03.2025 und 27.03.2026 würde die Verwaltung eine entsprechende Übersicht zusammenstellen.

9.10 Herr Seifert:

- teilt bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Banaskiewicz unter TOP 9.6 mit, dass es laut Bundeskleingartengesetz keine Sondergenehmigung für irgendwelche Baulichkeiten gebe, die errichtet werden; ihm liegt ein Lageplan vom Vorstandsvorsitzenden von 2009 für fünf Baulichkeiten mit Sondergenehmigung vor, die nicht geahndet worden seien; er sagt, ein Gericht könne nur nach Recht und Gesetz urteilen; er sehe hier ein klares Fehlverhalten

9.11 Herr Weingardt:

- teilt bezugnehmend auf die Ausführungen zur Kleingartenthematik mit, dass es ein soziales Problem sei und das Kleingartenwesen erhalten werden solle; die Stadt habe Verantwortung und die Pflicht zu handeln und die ordnungsgemäße Erfassung der baulichen Vorrichtungen vorzunehmen und darauf zu achten, dass das Bundeskleingartengesetz eingehalten werde; wenn es zu Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstößen komme, müsse dem nachgegangen werden; er meint, dass das Gerechtigkeitsproblem das Fass zum Überlaufen gebracht hätte und durchaus die Gemeinnützigkeit aberkannt werden könnte

9.12 Herr Banaskiewicz:

- fragt die Verwaltung, wie viele Gartenvereine aus dem Bezirksverband austreten wollen

Herr Berendt teilt mit, dass ihm bekannt ist, dass ein Verein selbst erklärt hätte, dem Verband nicht mehr angehören zu wollen. Er sagt, dass es sich um verschiedene Rechtskreise handelt:

Zum einen zwischen der Stadt und dem Bezirksverband und zum zweiten zwischen dem Bezirksverband und dem Kleingartenpächter. Wenn ein Verein erklärt, dass er nicht mehr dem Bezirksverband angehören möchte, berühre es die Stadt und einzelne Pächter nicht, insofern sei die Stadt nicht betroffen. Die Aufgaben, die der Verein bisher übernommen hatte, wie die Organisation und die Verwaltung der Parzellen, falle dann auf den Bezirksverband zurück. Es seien zwei übereinanderliegende Rechtskreise, die nicht miteinander verwoben seien.

9.13 Herr Zinn:

- fragt nach dem aktuellen Stand zum Gefahrenabwehrbedarfsplan

Herr Berendt sagt, dass über die beschlossene Haushaltssatzung 2026/2027 die finanziellen Mittel für die Erstellung des Gefahrenabwehrbedarfsplan bestätigt worden sei. Die Ausschreibung sowie das Vergabeverfahren seien abgeschlossen und ein Unternehmen gefunden worden. Von Herrn Colberg, Amtsleiter des Brandschutzamtes, habe er letzte Woche die Information erhalten, dass erste Gespräche mit dem Unternehmen stattgefunden hätten, um den weiteren Ablaufplan miteinander abzustimmen. Für einen Gefahrenabwehrbedarfsplan müsse zunächst eine Analyse erfolgen. Er könne derzeit kein genaues Zeitfenster geben. Wenn es etwas Neues gibt, könne er im Hauptausschuss entsprechend informieren.

9.14 Herr Dietterle:

- meint zur Kleingartenthematik, dass gemäß Gesetzgebung der Zwischenpachtvertrag mit dem Bezirksverband durch die Stadt gekündigt werden könne

Die Anfragen enden um 18:24 Uhr.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10	Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen	

Es werden keine Vorschläge vorgetragen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
11	Genehmigung von Eilentscheidungen	

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	
12.1	Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr Eberswalde (Feuerwehrkostensatzung)	BV/0320/2026

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 15/125/26**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr Eberswalde (Feuerwehrkostensatzung) einschließlich ihrer Anlage Kostenverzeichnis.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12.2	Benennung einer Straße im Stadtteil Westend (auf der ehemaligen Industriefläche der Hufnagelfabrik) – Hufnagelquartier	BV/0327/2026

Herr Zinn ist erstaunt, wie Bürgerbeteiligung umgesetzt werde. Er vermutet, dass die wenigsten die erfolgten Bekanntmachungen über die Benennungsvorschläge im Amtsblatt gelesen hätten. Er ist der Ansicht, dass Eberswalde keine Einwohnerbeteiligung hätte und fragt sich, ob diese überhaupt gewünscht werde. Da offensichtlich keine Bürgerbeteiligung stattgefunden habe, werde er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 15/126/26**

Die im Lageplan (Anlage 1) rot schraffiert eingezeichnete Straße wird „Hufnagelquartier“ benannt.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12.3	Benennung eines Weges im Ortsteil Finow (am neuen Schulcampus) – Madame-Ebart-Weg	BV/0328/2026

Herr Zinn fragt, warum keine Kinder- und Jugendbeteiligung stattgefunden habe – die Schülerinnen und Schüler werden künftig dort zur Schule gehen. Er meint, dass sich Schülerinnen und Schüler in die Historie nicht hineinversetzen könnten. Er werde dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 15/127/26**

Der im Lageplan (Anlage 1) schraffiert eingezeichnete Geh- und Radweg wird „Madame-Ebart-Weg“ benannt.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12.4	Benennung eines Festplatzes im Ortsteil Finow (auf der ehemaligen Industriefläche des „VEB Chemische Fabrik Finowtal“) – Festplatz Finowtal	BV/0329/2026

Herr Zinn erklärt, er werde dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 15/128/26

Der im Lageplan (Anlage 1) rot schraffiert eingezeichnete Festplatz wird „Festplatz Finowtal“ benannt.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12.5	Entwurfsplanung Südroute im Abschnitt von der Schönholzer Straße bis zur Zoostraße in 16227 Eberswalde	BV/0319/2026

Herr Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil, **31 Stimmberechtigte**.

Herr Zinn bittet in Reflexion des Fachausschusses F3, dass mit den Anwohnerinnen und Anwohner der Lausitzer Straße gesprochen werde, da zukünftig die Parkplätze in diesem Teilabschnitt entfallen würden. Er befürchte, dass dann die Gubener Straße zum Parken genutzt werde, was dort zu Frust führen könnte. Er bittet Herrn Haub, die Anwohnerinnen und Anwohner einzuladen, um über den Teilabschnitt Lausitzer Straße zu sprechen.

Herr Mrozek sagt, dass die Entwurfsplanung in vier Abschnitte eingeteilt sei. Den 1. Abschnitt befürworte er. Der 2. Abschnitt sei für ihn nicht verständlich – in der Prignitzer Straße würden sich links und rechts befestigte befahrbare Radwege befinden. Er fragt, warum die Fahrbahn ein Schutzstreifen erhalten solle, damit sich Radfahrende dort bewegen können. Der 3. Abschnitt sei nicht breit genug für einen Radweg. Er ist der Ansicht, dass es nicht ausreichend sei, wenn auf der Fahrbahn entsprechende Markierungen seien. Den 4. Abschnitt könne er nicht mittragen, weil Parkflächen entfallen sollen. Er meint, dass die Zoostraße ausreichend Platz für das Anlegen eines Radweges außerhalb der Fahrbahn biete. Er ist der Ansicht, dass über die Abschnitte 1 bis 4 der Beschlussvorlage einzeln abgestimmt werden sollte. Er könne der gesamten Beschlussvorlage so nicht zustimmen.

Herr Haub sagt, dass die vorliegende Entwurfsplanung auf einer Voruntersuchung (Machbarkeitsstudie Südroute Eberswalde) basiere, die beschlossen worden sei (Beschluss im Mai 2024). In der Voruntersuchung wurden verschiedene Varianten und Querschnitte geprüft. Er höre einige Aspekte heraus, die durchaus spannend seien, welche man im weiteren Planungsprozess untersuchen

könne. Es soll eine komfortable und sichere Verbindung im Rahmen der Möglichkeiten und der örtlichen Gegebenheiten geschaffen werden. Er erläutert den Unterschied zwischen Radwegen und baulich separierten Radverkehrsanlagen. Im Fachausschuss F3 am 10.03.2026 sei ausführlich über die Entwurfsplanung diskutiert worden.

Herr Mikolaszek beantragt im Namen der Fraktion Alternative für Deutschland, dass die Beschlussvorlage in den nächsten Fachausschuss F3 am 21.04.2026 verwiesen werde.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag zum Verweis in den F3 am 21.04.2026: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 15/129/26

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Südroute im Abschnitt von der Schönholzer Straße bis zur Zoostraße in 16227 Eberswalde zu. Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung eines Bauprogramms beauftragt. Der geschätzte Auftragswert beträgt 2.400.000,00 EUR.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12.6	Festlegung des Gebietes der Städtebauförderung für die Gesamtmaßnahme "Zukunftsquartier Bahnhofsumfeld Eberswalde"	BV/0332/2026

Herr Grohs nimmt wieder an der Sitzung teil, **32 Stimmberechtigte**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 15/130/26

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Fördergebiet der Gesamtmaßnahme „Zukunftsquartier Bahnhofsumfeld Eberswalde“ für das Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten“ der Städtebauförderung gemäß § 171b BauGB [Stadtumbau-gebiet]. Die Abgrenzung des Gebietes ist der Anlage 1 zu entnehmen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12.7	Planungs- und Baubeschluss inklusive öffentliches Ausschreibungsverfahren für den Neubau einer Sedimentationsanlage und eines Verdunstungs-/Versickerungsbeckens im Leibnizviertel in 16225 Eberswalde	BV/0333/2026

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 15/131/26**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Planung zur Herstellung einer Sedimentationsanlage und eines Verdunstungs-/Versickerungsbeckens im Leibnizviertel in 16225 Eberswalde zu und beschließt den Bau vorbehaltlich der Bestätigung der Fördermittel.

Der Bürgermeister wird vorbehaltlich der Bestätigung der Fördermittel beauftragt, das öffentliche Ausschreibungsverfahren zur Herstellung einer Sedimentationsanlage und eines Verdunstungs-/Versickerungsbeckens im Leibnizviertel in 16225 Eberswalde entsprechend den in der Sachverhaltsdarstellung festgelegten Kriterien durchzuführen und den Bauauftrag zu erteilen. Der geschätzte Auftragswert beträgt 1.000.000,00 EUR.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12.8	Fraktion Alternative für Deutschland: Jetzt Handlungsoptionen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Bereich Hausärzte in Eberswalde schaffen – Prüfauftrag für ein kommunales MVZ	BV/0326/2026

Eine Austauschseite zur Beschlussvorlage wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt, **Anlage 8.**

Herr Mikolaszek teilt mit, dass laut den Daten der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB) vom 31.12.2025 in Eberswalde im Bereich der Allgemeinmedizin (Hausärzte) ein Versorgungsgrad von 87,6 festgestellt worden sei. Es sei erfreulich, dass sich offensichtlich die Situation etwas verbessert habe, was aus der vorliegenden Anfrage AF/0064/2026, Seite 1, erster Absatz, hervorgehe. Das Grundproblem jedoch bestehe weiterhin, insbesondere bezüglich der Übernahme der Arztpraxen und beim Alter der Ärztinnen und Ärzte. Das habe seine Fraktion dazu bewogen, den Antrag in einer geänderten Form einzureichen. Darüber nimmt er Bezug auf die „Poliklinik-Förderrichtlinie“ des Ministeriums für Gesundheit und Soziales (MGS), die geändert und am 01.03.2026 angekündigt worden sei. Er zitiert aus dieser Pressemitteilung (vgl. Austauschseite zur Beschlussvorlage, Seite 2, letzter Absatz, rot dargestellt). Er teilt mit, dass die ehemalige Ministerin für Gesundheit und Soziales, Frau Britta Müller, kürzlich in Eberswalde verweilte – dieser Besuch hätte einen guten Anlass geboten, dahingehend noch einmal Hintergrundinformationen zu bekommen. Er hoffe, die Stadtverwaltung habe es auch in Anspruch genommen. Er weist auf einen Presseartikel der Märkischen Oderzeitung vom 27.02.2026 hin, in dem es auch um die „Poliklinik-Förderrichtlinie“ ginge und dass sich Kommunen dafür aktiv bewerben könnten. Er fragt sich, ob es dahingehend eine Initiative von Seiten der Stadtverwaltung gegeben habe. Nach seinen vorliegenden Informationen werde die „Poliklinik-Förderrichtlinie“ auch unter dem neuen Minister für Gesundheit und Soziales für das 2. Quartal 2026 erwartet. Darüber hinaus sei der regionale Versorgungsbezug klar gegeben. Der Planungsbereich Eberswalde umfasst rund 80.000 Menschen, doppelt so groß als Eberswalde und Eberswalde könnte hier als Mittelpunkt für eine regionale Versorgung dienen. Dieser Prüfauftrag solle zunächst nun die Voraussetzung für ein von der Stadt betriebenes MVZ sein und auf die daraus resultierenden Ergebnisse aufgebaut werden. Jetzt könnten frühzeitig die Weichen für eine Förderung gelegt werden. In Delmenhorst habe die CDU-Fraktion ein Hausärzte-MVZ in der Trägerschaft der Stadt Delmenhorst beantragt. Der Leiter des

Delmenhorster Krankenhauses erklärte, ein Hausärzte-MVZ für die Stadt errichten zu können und betonte dabei aber auch, dies stellvertretend für die Stadt zu tun. In der Krankenhausgesellschaft sei die Stadt als Alleineigentümer zuständig. Die MOZ schrieb zum vorliegenden Antrag und zu dem von der Fraktion CDU /FDP / Bürgerfraktion Barnim, er zitiert: „...allen anderen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung aber war bei diesem AfD-Vorschuss vor allem negativ aufgestoßen, dass dem regionalen Krankenhauskonzern Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH (GLG), an dem Eberswalde 3,8 Prozent der Anteile erhalte, höchstens eine untergeordnete Rolle zugedacht sei...“ – es gehöre noch ein weiterer Kontext dazu. Seiner Fraktion sei aufgefallen, dass seit Jahren die Versorgung in Eberswalde, das an der GLG nur 3,8 Prozent Anteile besitze, höchstens eine untergeordnete Rolle gespielt habe. Die Stadt Eberswalde und ihr Bürgermeister hätten in der GLG mit 3,8 Prozent eben keine große Durchsetzungskraft. Eine ambulant stationäre Verzahnung von Arztpraxen und Krankenhaus sei üblicherweise facharztorientiert und weniger auf Hausärzte ausgerichtet. Dass die GLG andere Baustellen und Prioritäten als ein mögliches Defizit bei hausärztlicher Versorgung habe, sei dem Bürgermeister in der letzten StVV im Eifer des Gefechtes herausgerutscht. Ambulant stationäre Konzepte würden daher überregional kommunal auf kreislicher Ebene konzipiert werden, um in der Fläche ausgleichend zu wirken und darüber die Mindestversorgung lokal zu gewährleisten. Deshalb sollte in dem Antrag der Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim „Bürgermeister“ durch „Landrat“ und „Stadt“ durch „Landkreises Barnim“ ersetzt werden, dann wäre gleichzeitig die Durchsetzungskraft mit dem Landkreis als Mehrheitseigentümer auch gegeben. Diesen Hinweis habe die Fraktion AfD trotz der Konkurrenz im Landratswahlkampf vor Wochen gegeben und ihre Unterstützung im Kreistag angeboten. Ein ambulant stationäres Konzept sei der richtige Lösungsansatz für den Landkreis; für Eberswalde hingegen sei es ein medizinisches Versorgungszentrum explizit für Hausärzte mit möglichen Förderungen durch die „Poliklinik-Förderrichtlinie“.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
12.9	Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim: Sicherung und strategische Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung in Eberswalde durch Einbindung der Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG)	BV/0331/2026

Eine Austauschseite zur Beschlussvorlage wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten übersandt.

Herr Rennert beantragt im Namen der Fraktion SPD|BfE eine 5-minütige Beratungspause zur Beschlussvorlage.

Die Sitzung wird um 19:06 Uhr fortgesetzt.

Herr Zinn sagt, dass er der ursprünglichen Beschlussvorlage nicht zugestimmt hätte. Er merkt an, dass sich die StVV aktuelleren Themen widmen sollte. Die ärztliche Versorgung der Stadt Eberswalde könne nicht durch die Stadtverwaltung Eberswalde geklärt werden – dafür sei die KVBB zuständig.

Herr Zinn kritisiert, dass seit einigen Monaten der Fahrstuhl der Praxis für Allgemeinmedizin in der Frankfurter Allee defekt sei. Mobilitätseingeschränkte Patienten hätten keine Möglichkeit, in die Arztpraxis zu kommen. Auf Nachfrage bei der Allgemeinärztin befürchte sie, die Praxis aufgeben und an einen anderen Standort gehen zu müssen.

Herr Zinn merkt an, dass sich der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus mit allen Beteiligten, wie auch umliegenden Kommunen, zusammengesetzt und auf eine Strategie verständigt hätte, wie die ärztliche Versorgung weiter vorangehen könnte. Er würde sich weniger Schaufensteranträge wünschen. Er meint, dass der Bürgermeister über die objektiven und subjektiven Folgen aufmerksam gemacht habe. Er sagt, dass nach den Landratswahlen im Landkreis Barnim und im Landkreis Uckermark ganz andere Sorgen auf die Bevölkerung zukommen werden.

Herr Berendt sagt, dass die Verwaltung die strategische Zielrichtung dieses Antrages für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung mittrage und auf einem hohen Niveau sichern wolle. Der Verwaltung sei wichtig, einen Handlungsauftrag zu haben, völlig unabhängig, um welche Personen es sich handelt.

Der inhaltlich geänderte Text, welchen er im F1 vorgetragen habe, sei aus der Beteiligungsverwaltung zugearbeitet worden, welcher dann durch die Austauschseiten aufgenommen worden sei. Insofern sei die Änderung keine persönliche Causa, sondern bewusst mit dem Ziel einer professionellen Expertise erstellt worden, wie der Auftrag am Ende realistisch umgesetzt werden könne. Er freue sich darauf, dass am Ende mit der GLG Ideen entwickelt werden könnten, um eine gute Gesundheitsversorgung für die Stadt Eberswalde sicher zu stellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 15/132/26

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Mitwirkungsrechte der Stadt Eberswalde darauf hinzuwirken, dass die GLG ein gemeinsames Netzwerk initiiert, durch das dann ein strategisches Konzept für die zukünftige bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in Eberswalde entwickelt wird.

Das Konzept soll insbesondere:

- die aktuellen und zukünftigen medizinischen Versorgungsbedarfe der Bevölkerung analysieren,
- die Auswirkungen der Krankenhausreform, der Notfallreform und der Ambulantisierung berücksichtigen,
- bestehende ambulante, stationäre, pflegerische und rehabilitative Strukturen im GLG-Verbund und im Stadtgebiet einbeziehen,

- Möglichkeiten einer verbesserten sektorübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, Kliniken, MVZs, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und weiteren Leistungserbringern aufzeigen,
- Optionen für ein regional abgestimmtes, wirtschaftlich tragfähiges Versorgungsmodell darstellen.

Der Bürgermeister berichtet hierzu fortlaufend der Stadtverordnetenversammlung über den Stand bzw. neue Entwicklungen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
13	Informationsvorlagen	
TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
13.1	Vergabebericht im Vergabejahr 2025 - Teil 2 von 2	I/0012/2026

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Vergabebericht im Vergabejahr 2025 - Teil 2 von 2 zur Kenntnis.

Herr Hoeck beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:17 Uhr.

gez. Martin Hoeck
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

gez. D. Wurmsee
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde (GOSTVVEW) wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Alternative für Deutschland**

Florian Eberhardt	
Maximilian Fritsche	entschuldigt
Roman Kuffert	entschuldigt
Matthäus Mikolaszek	
Jörg Mrozek	
Michaela Schmitz-Seifert	per Videozuschaltung
Marco Seifert	
David Streich	
Tilo Weingardt	ab 17:20 Uhr anwesend

- **CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim**

Frank Banaskiewicz	
Uwe Grohs	
Martin Hoeck	
Danko Jur	ab 17:06 Uhr anwesend
Christoph Maskow	
Dietmar Ortel	ab 17:44 Uhr und bis 19:22 Uhr anwesend
Gerd Panzlaff	

- **SPD|BfE**

Barbara Bunge	
Kurt Fischer	per Videozuschaltung ab 17:23 Uhr
Steve Rennert	ab 17:05 Uhr anwesend
Riccardo Sandow	
Thomas Stegemann	
Isabell Sydow	
Ringo Wrase	

- **Bündnis Eberswalde**

Ronny Hiekel	
Christian Mertinkat	
Daniel Winkelmann	
Carsten Zinn	per Videozuschaltung

- **Die Linke**

Lena Hoffmann	
Irene Kersten	entschuldigt
Katharina Walter	ab 17:22 Uhr anwesend
Sebastian Walter	

- **Bündnis 90/Die Grünen**
 Karen Oehler
 Sarah Polzer-Storek entschuldigt
 Torsten Wiebke

- **Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur**
 Oskar Dietterle per Videozuschaltung
 Mirko Wolfgramm

- **Dezernent/in**
 Bernd Schlüter
 Maik Berendt
 Ilja Haub

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
 Anja Brose
 Gabriele Kulikowski
 Matthias Milbradt

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
 Leonhard Klaus
 Dr. Markus Mirschel
 Stefan Prescher
 Nico Wollbrück
 Dagmar Wurmsee